

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

Die Tragik der EU-Turbos

2

Das Europa der Vaterländer hat verloren

12

Ein Schweizer Präzisionsunternehmen

14



Sie verstehen die Zusammenhänge nicht

Die Tragik der EU-Turbos

von Felix Zulauf, Gründer und Inhaber einer Vermögensverwaltungs-Unternehmung, Zug

Die EU-Turbos und der Bundesrat wollen uns weismachen, dass mit einem kleinen Entgegenkommen der EU nun Verträge möglich seien. Dieser Versuch des Bundesrats kam aufgrund von ausserordentlichem Druck der Mitte-Links-Parteien und Exponenten der Wirtschaft, insbesondere der Pharmedien, zustande.



Machen wir uns nichts vor, die EU will eine Integration der Schweiz in die EU und gibt da und dort ein kleines Zückerchen. Diese Zugeständnisse der EU sind unwesentlich, entscheidend ist schlussendlich die Unterstellung der Schweiz unter EU-Recht und im Streitfall unter ein EU-Gericht. Alle Zugeständnisse können von der EU, wenn einmal Verträge unterschrieben sind, mit neuen Gesetzen wieder kassiert werden.

Dem EU-Recht und dem EU-Gerichtshof unterstellt

Was immer die beiden Parteien verhandeln, so müssen die Stimmbürger die Quintessenz dieser Verhandlung

verstehen. Wenn die Schweiz sich der EU unterstellt, wie auch immer, ob als EU-Mitglied oder mit einem Rahmen- oder Teilabkommen, oder wie das Dokument dann heisst, so wäre damit die weltweit einzigartige direkte Demokratie der Schweiz beendet. Die EU wird damit punkto Gesetzgebung immer über den Schweizer Stimmbürgern stehen und kann damit diktieren, wie sie dies in den EU-Mitgliedsländern auch tut.

Verlust der Standortvorteile

Das heisst in seiner logischen Konsequenz aber auch, dass die Standortvorteile der Schweizer Wirtschaft damit ebenfalls verlorengehen. Die Arbeitnehmer der Schweiz sind nicht produktivere Menschen als in der EU; es sind die Standortvorteile der Schweiz wie Arbeitsfrieden, liberaler Arbeitsmarkt, geringere Regulierung, geringere Steuer- und Sozialabgaben, höhere Eigenverantwortung et cetera, die über die Dauer der Zeit der Schweiz den höheren Wohlstand verschafft haben. Mit einer Einbindung der Schweiz in die EU, mit welchem Unterstellungsvertrag auch immer, gehen diese Vorteile alle verloren. Damit geht aber auch der Wohlstandsvorteil und die Freiheit für unsere Bevölkerung verloren, um die uns viele EU-Bürger beneiden.

Nett aber schwach

Bundesrat Cassis mag die richtige Gesinnung haben und ist ein netter Mann, aber er ist schwach und fällt bei jedem Windstoss um. Die Sirenengesänge der EU-Turbos haben den schwachen Politiker Cassis zu einem Schritt gezwungen, den er und der Gesamtbundesrat noch bedauern werden. Denn der Bundesrat und Cassis werden wieder mit fliegenden Fahnen untergehen, weil das Volk seine eigene Entrechtung nicht akzeptieren



VOLAND
genuss | kreation | baumerfladen.ch

Tel. 055 265 11 20
www.baumerfladen.ch
info@baumerfladen.ch

Der Baumerfladen schafft jeden Weg...

Unter baumerfladen.ch/shop können Sie einfach und unkompliziert einen der beliebten Baumerfladen bestellen. Profitieren Sie vom Postversand oder besuchen Sie uns in unseren Filialen. Wir freuen uns auf Ihren Mausklick...



Ihr Konditorei Voland Team



Bauma • Steg • Wald • Rütli • Bäretswil • Fehraltorf • Laupen • Kempthal • Gossau ZH

wird – Gott sei Dank! Die Schweiz macht sich somit auf dem politischen Parkett wiederum unmöglich, weil der Bundesrat gegenüber der EU nie ausspricht, was gesagt werden muss: Die Schweiz kann sich mit ihrem politischen System der EU nicht unterstellen – diese beiden Systeme sind nicht kompatibel.

Systeme nicht vereinbar

Die EU-Turbos verstehen die Zusammenhänge nicht. Die mehrheitlich ausländischen Manager der Grosskonzerne – manchmal sogar mit Schweizerpass, aber eben ohne Schweizer DNA – verstehen die Schweiz und ihre entscheidenden Besonderheiten nicht. Dass die Linken in die EU wollen, ist verständlich, denn die EU ist ein Gebilde, das sich der Gleichmacherei, also dem Sozialismus, verschrieben hat. Dass insbesondere Manager – nicht nur solche ausländischer Herkunft – bereit sind, die Volksrechte der Schweizer Bevölkerung zu opfern, um ihren Bonus kurzfristig zu erhöhen, ist zwar verständlich, aber moralisch verwerflich. Den Stimmbürgern kann man nicht genug klar machen, dass ein solcher Schritt der Unterwerfung – die Befürworter nennen es beschönigend Integration – für die Schweiz ein Schritt aus dem Wohlstand in den wirtschaftlichen Abstieg bedeutet.

Felix Zulauf

LACHEN VERBOTEN!

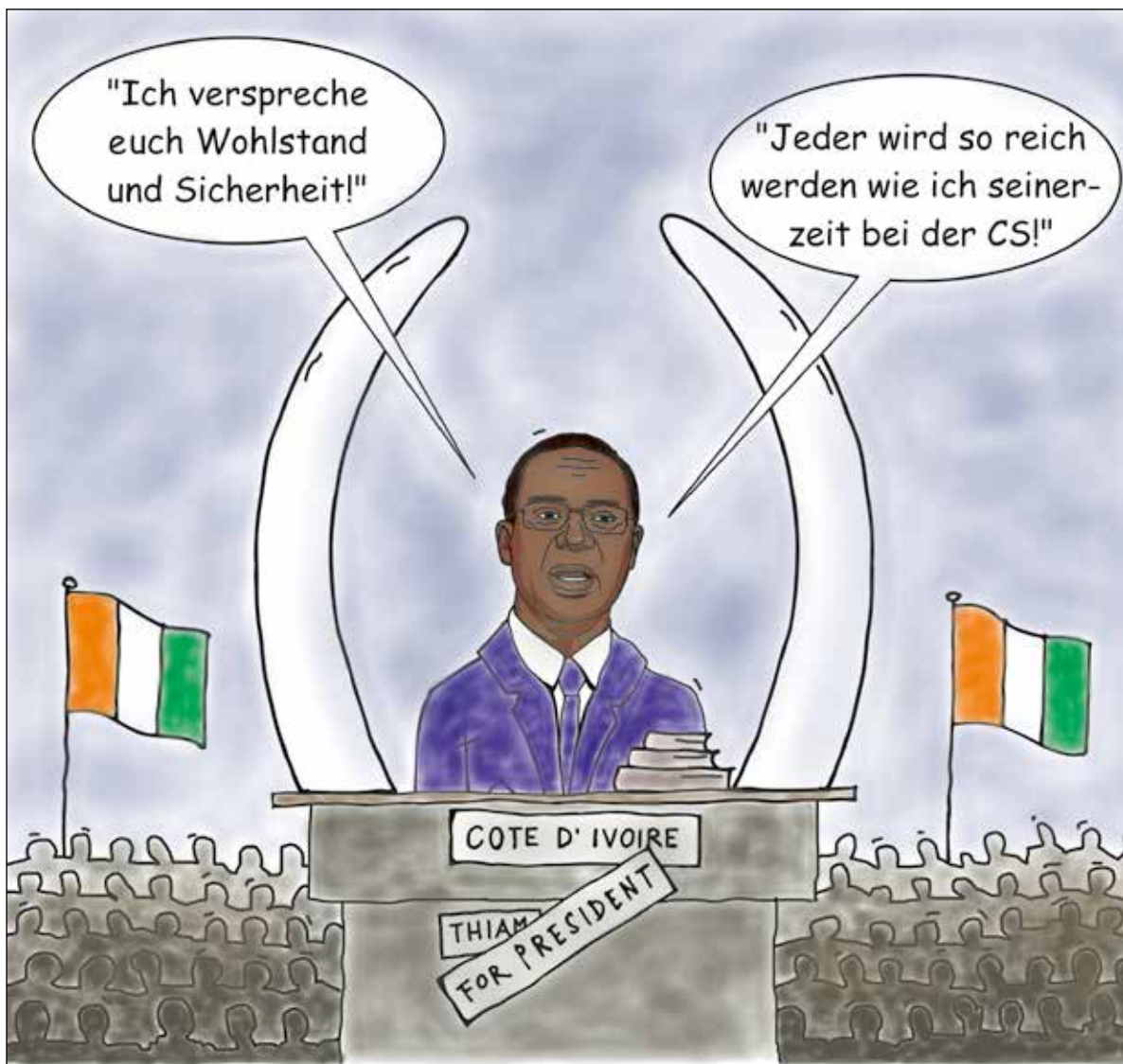


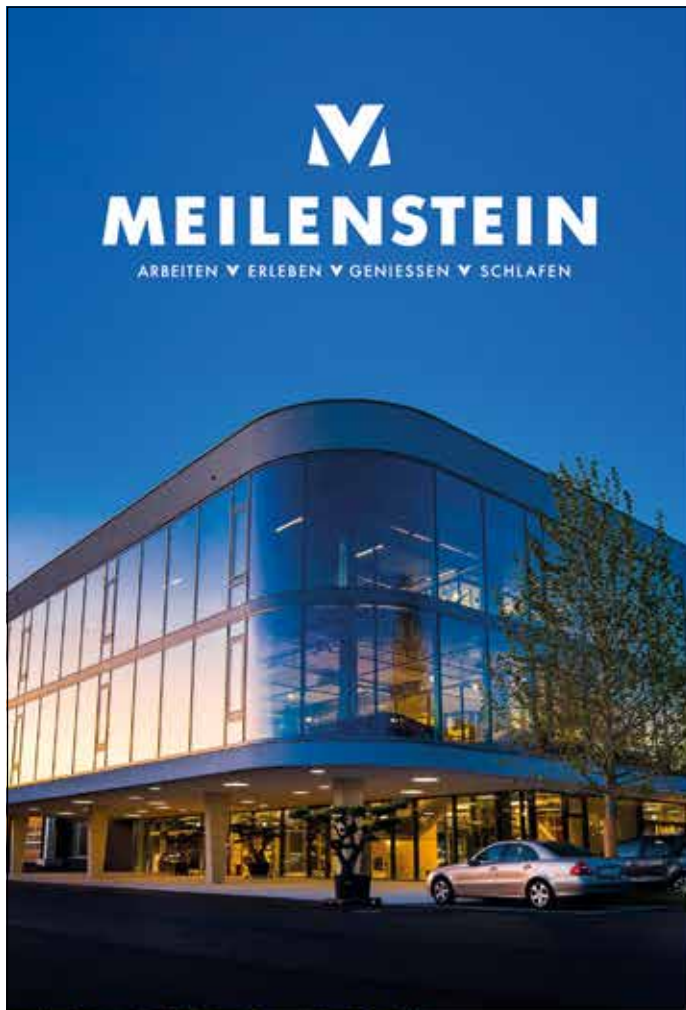
Im Zürcher Unterland würde kürzlich eine Arbeitskraft für das «Personalmanagement» einer mittelgrossen Gemeinde angestellt. Sie sei seit langer Zeit im Human Resources (HR)-Bereich tätig, informierte sie die Dorfbevölkerung – und weiter: «Ich freue mich sehr, die Führungskräfte und Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung kennen zu lernen und sie als fachkompetente und neutrale Ansprechpartnerin in personellen Belangen zu unterstützen, zu beraten und zu begleiten. Es ist mir ein Anliegen, mit klar definierten Prozessen eine professionelle, agile und vertrauensvolle HR-Dienstleistung für die Gemeinde anzubieten und sicherzustellen.»

Frage: Geht es noch geschwollener/worthülensreicher? – Wohl kaum. Und was tun eigentlich der Gemeindegemeinderat und der Gemeindepresident, welche für die Verwaltung und damit auch für das Personelle zuständig sind – zumal der Gemeinderat auch noch eine «Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit» angestellt hat? Mag da noch jemand lachen?

Tidjane Thiam: Gescheitert als Chef der CS – erfolgreich als Präsident der Elfenbeinküste?

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



**Das Büro Ha
deckt auf!**

Drama. Jeden Tag werden in Deutschland mindestens zwei Frauen oder Mädchen Opfer von Massenvergewaltigungen – 2022 gab es insgesamt 789 solcher Fälle. Die Hälfte der Täter stammt aus Syrien, Afghanistan, Irak und einigen weiteren Ländern, die andere Hälfte besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. Wer die doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, wird in der Statistik nicht etwa als Migrant, sondern als Deutscher geführt. Gleichzeitig kann ein solcher Straftäter nicht abgeschoben werden, denn der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft ist nicht vorgesehen. Das haben wir der «Ampel», der dümmsten Regierung aller Zeiten, zu verdanken. Es ist offensichtlich: Der Bürger muss (auch bei uns!) selbst vor die Tür treten und für Ordnung sorgen.

*

Der Club der Schande. Nach zwei Jahren Ukraine-Krieg haben unsere «Volksvertreter» absolut nichts gelernt, dafür aber Panzer verscherbelt und Waffensysteme verschrottet. Dass man von den Roten und Grünen nichts anderes erwarten konnte, war klar. Dass aber die Mitte (ehem. CVP) beim Trauerspiel «1 Prozent des BIP (Brutto-Inland-Produkt) für unsere Armee erst ab 2035» (statt ab 2030) mitmacht, zeigt einmal mehr, dass sie keine bürgerliche Partei ist. Sie alle haben gegen eine wirkliche Landesverteidigung gestimmt: Bally Maya, Barandun Nicole, Bregy Philipp Matthias, Bürgin Yvonne, Candinas Martin, Chappuis Isabelle, Durrer Regina, Fonio Giorgio, Kaufmann Pius, Kutter Philipp, Lohr Christian, Maître Vincent, Meier Andreas, Müller Leo, Müller-Altermatt Stefan, Paganini Nicolò, Pfister Gerhard, Ritter Markus, Schneider-Schneiter Elisabeth, Stadler Simon, Wismer-Felder Priska (und ebenso die beiden EVP-Nationalräte Nik Gugger und Marc Jost, die der Mitte-Fraktion angeschlossen sind).

Die Fraktionen GLP, SP und Grüne haben beim Trauerspiel vollzählig mitgemacht.

Tis Hagmann

Niedergang



Deutschland laufen bisher Wachstum, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen garantierende Betriebe davon. En masse! Denn Deutschland wird eine in Wahrheit nicht finanzierbare «Energiewende» zugemutet, die Jahr für Jahr mehr als zweihundertfünfzig Milliarden Euro ertragslos verschlingt. Sie wurde dem Land von grünroten Ideologen und Theoretikern aufgezwungen, resistent gegenüber physikalischen Fakten, Ingenieurkompetenz lieber verunglimpfend als nutzend. Zusätzlich ist Deutschland Hauptopfer des Russland-Boikotts: Die Energiekosten vervielfachten sich!

Deutschland wird gleichzeitig die finanzielle Hauptlast in der EU zugemutet. Das wirtschaftliche Überleben der EU-«Partner» im Süden musste Deutschland vorfinanzieren – angeblich mittels Darlehen. Deutschlands Guthaben bei diesen hochverschuldeten EU-Südländern belaufen sich heute auf eintausend Milliarden Euro – eine Billion! Sie ist uneinbringbar, müsste abgeschrieben werden – was Staatsbankrott auslösen würde.

Angesichts wachsender Proteste, angesichts millionenverschlingender Streiks versucht die Regierung dort, wo sich Widerstand am lautstärksten äussert, Löcher notdürftig mit Geld zu stopfen, das sie gar nicht hat. Zumal die Regierung vom höchsten Gericht Deutschlands verurteilt ist, sechzig Milliarden Euro, unrechtmässig verteilt, dem Bundeshaushalt wieder zuzuführen. Finanziell, aber auch politisch bankrott – im Würgegriff von Milliardenversprechen an die Ukraine, angesichts des sich beschleunigenden Auszugs guter Steuerzahler ausblutend, in den längst unbezahlbaren Sozialverpflichtungen ertrinkend, auf einem nicht einbringbaren Billionenloch aus EU-Verpflichtungen ohnmächtig hockend – wird der Zahlmeister der EU, einst als Wirtschaftswunderland beneidet, zum handlungsunfähigen Opfer von Stürmen, die es aus allen Richtungen niederwehen.

**Spalte
rechts**

Anschauungsunterricht für die Weltöffentlichkeit, wie ein einstiges Wirtschaftswunderland durch von linksgrünen Ideologen und Funktionärsbürokraten ihm stur auferlegte Überregulierung einerseits, durch eine masslos fordernde EU andererseits buchstäblich ins Elend getrieben wird.

Aber noch immer behaupten hierzulande selbst Manager grosser Konzerne, eine blühende Zukunft sei der Schweiz nur im Schosse der EU garantiert. Ob sie dem Irrenhaus entflohen sind?

Ulrich Schlüer

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch



swiss-classic-car.ch

industriestrasse 10 | 8117 Fällanden | 044 701 22 44

Kosten von über einer Million

Protz-Partys für Amherd, Jans und Herzog

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Mitte-Links lässt es mächtig krachen: Auf Kosten der Steuerzahler feierten Amherd (Mitte), Jans, Herzog und Nussbaumer (alle SP) Feste für knapp zwei Millionen Franken.



Viola Amherd ist bekannt für ihre Vorliebe für rauschende Feste. Turnusgemäss zur Bundespräsidentin gewählt, hatte die Brigerin einen neuen Anlass zum Feiern. Ab Bern reiste sie mit dem Extrazug ins Wallis. Unterwegs machte sie Halt in Saint-Maurice, Sitten und Brig, wo sie jeweils die Huldigung von Blaskapellen und jubelnden Menschen entgegennahm. In Sitten scherzte sie über die Sprachgrenze ihres Heimatkantons: «Wenn wir mit dem

Zug über die Sprachgrenze fahren, wird die Rhone zur «Rottu», Sion wird zu Sitten, aber der Fendant, der bleibt glücklicherweise Fendant.» In der Simplonhalle in Brig ging die Protz-Party dann richtig los. Amherd und ihre geladenen Gäste feierten ausgelassen. Noch nie in der Geschichte der Schweiz gab es anlässlich der obligatorischen jährlichen Präsidiiums-Übernahme im Bundesrat so viele pompöse Feiern.

Weit über eine Million Franken

Die Kosten für das Fest sind enorm. Der Staatsrat des Kantons Wallis hat dafür 350'000 Franken budgetiert, die Feier in Brig kostet pro Einwohner 14,50 Franken, also zusätzliche 200'000 Franken, wie das Schweizer Staatsfernsehen SRF berichtete. Hinzu kommen die Kosten für die Feiern in Sion und Saint-Maurice. Insgesamt dürften die Kosten bei weit über eine Million Franken liegen. Zum Vergleich: Ueli Maurer verzichtete auf eine Feier, als er das Präsidium turnusgemäss übernahm, und seine Wahl kostete somit null Franken. Andere Bundesräte gaben deutlich weniger aus für ihre Feiern: Guy Parmelin 30'000 Franken, Alain Berset 135'000 Franken, Ignazio Cassis 150'000 Franken. Die Party-Exzesse von Amherd stiessen daher nicht nur im Wallis, sondern auch in anderen Kantonen auf Unverständnis.

SP-Partys am anderen Ende der Schweiz

In Partystimmung waren auch Basel-Stadt und Basel-Land, weil ihre Repräsentanten für ein Jahr die Präsidentschaften der beiden eidgenössischen Räte übernommen haben. Die Basler SP-Ständerätin Eva Herzog



Bericht Walliser Zeitung

wurde zur Ständeratspräsidentin gekürt, und ihr Baselbieter Parteifreund Eric Nussbaumer schaffte die Wahl zum Nationalratspräsidenten. Um dies sozialdemokratisch angemessen pompös zu feiern, wurden stolze 480'000 Steuerfranken aufgewendet. Für eine Schifffahrt, die die beiden Polit-Stars mit ihren Gästen machten, wurde sogar der Rhein für anderthalb Stunden gesperrt. Anwesend war auch der neue Bundesrat Jans, der sich über die Kritik, welche die derzeitige Basler Regierung wegen der hohen Kosten der Party hatte einstecken müssen, lustig machte. Sorgen plagten ihn deswegen aber nicht: Für seine eigene Party hat sich Noch-Regierungsrat Jans gleich selber bereits ein Budget von etwa 300'000 Franken bewilligt.

Hermann Lei



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
 www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60

Leserbriefe

Umweltverbände gefährden den politischen Frieden

Ein Paradebeispiel unter vielen ist die Beschwerde gegen den Abschuss von Wolfsrudeln in der Schweiz und die aufschiebende Wirkung durch das Bundesverwaltungsgericht. Der sogenannte Rechtsstaat Schweiz ist offenbar zunehmend nicht mehr in der Lage, das Eigentum von uns Tierhaltern und Bauern zu schützen. Der Tag wird kommen, an dem wir zur Selbsthilfe greifen müssen. Zum Vergleich: Allein im Kanton Graubünden hat es mehr Wölfe als im Yellowstone-Nationalpark in den USA, der um einiges grösser ist als die gesamte Schweiz. Pro Natura und die Umweltverbände insgesamt werden immer realitätsfremder. Insbesondere ihre Wolfspolitik widerspricht jeglicher Tierschutz-Gesetzgebung. Eine sogenannte Biodiversitätskrise wie dies Pro Natura meint, löst man sicher nicht mit dem Wolf, das ist Schwachsinn. Und selbstverständlich kann der Wolf die zu hohen Wildbestände nicht absenken. Im Übrigen hatten wir früher keinen Wildverbiss an den jungen Waldpflanzen, weil wir jegliche Aufforstung eingezäunt haben. Aber das ist eben mit Arbeit verbunden und geht nicht vom Bürostuhl aus. Obwohl der Wolf in der EU geschützt ist, wird er in den mittel- und osteuropäischen Staaten massiv bekämpft. Aber darüber redet man nicht! Was mich an den Aussagen von Pro Natura in Sachen Wolf erschreckt, ist die Oberflächlichkeit. Da kann man nur sagen: O Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie tun. Die Umweltverbände tun gut daran, insbesondere ihre Wolfspolitik zu überdenken – andernfalls sind schwierige politische Auseinandersetzungen mit dem ländlichen Raum zu befürchten.

Sepp Oetiker, alt Landwirt, Zunzgen BL

Macht und Gier der Politiker beschränken!

Wenn der Staat weniger Macht und die Politiker weniger Geld zur Verfügung haben, müssen sie logischerweise haushälterischer damit umgehen. Die Staatsquote bzw. die Steuerlast des Volkes hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Darum muss die Machtgier des Staates und der Politiker zum Wohl des Volkes

begrenzt werden. Einerseits mit einer Gesetzesbremse, anlog der Schuldenbremse im Finanzbereich: Für jedes neue Gesetz muss ein altes abgeschafft werden. Andererseits muss die steuerliche Belastung des Volkes auf maximal zehn Prozent des Einkommens begrenzt werden. Im Mittelalter gab es den «Zehnten», den das Volk der Obrigkeit abliefern musste, heute ist die Steuerbelastung des Volkes viel höher. Handeln tut not!

Konrad Rüegg, Ebnat-Kappel SG

Schengen/Dublin: Das Boot ist voll

Wir müssen schnellstmöglich raus aus Schengen und Dublin. Die SVP sollte eine Volksinitiative lancieren, um schädliche Verträge zu kündigen. Zweitens: Auf keinen Fall darf sich die Schweiz enger an die EU binden. Mehr EU hiesse noch mehr Ausländer, noch mehr Chaos, noch mehr Stress. Die Personenfreizügigkeit ist endlich einzuschränken, wie es die Verfassung will. Nur so kann die Schweiz künftig wieder selber bestimmen, wer kommen darf und wer nicht. Migrationsprobleme müssen an unserer Landesgrenze gelöst werden. Mit der Kündigung von Schengen und Dublin gelänge der Schweiz zudem ein beispielhafter Befreiungsschlag. Sie wäre das erste Land in Europa, das den Mut hat, die EU-Fesseln abzuschütteln.

Alex Schneider, Küttigen AG

Ungebremste Überflutung der Schweiz

Als längjährige Leserin der Schweizerzeit muss ich einmal loswerden, was mich stark beschäftigt. Ich bin 77, habe ein Leben lang für mein bisschen AHV gearbeitet und Steuern bezahlt. In diesem Jahr sind Lebensmittel, Krankenkassenprämien, Strom, Benzin etc. um über zwanzig Prozent gestiegen – und unsere Rente steigt keinen Rappen. Dafür kriegen die «Flüchtlinge», die unser Land langsam aber sicher ungebremst überfluten, alles, was sie wollen. Ich habe wohl den falschen Pass!

Carin Uebelhart, Binningen BL

«Die Stimme der Schweiz»

Als Ermahnung zur Einhaltung der Neutralität wird jetzt in jeder Schweizerzeit-Ausgabe «Die Stimme der Schweiz» abgedruckt. Das gefällt mir. Aus gegebenem Anlass wäre auch eine Ermahnung zu einer weiteren Säule der Schweiz angebracht – nämlich zur Unabhängigkeit. Man sollte sie wöchentlich an alle Parlamentarier und Diplomaten schicken, deren Handlungen darauf gerichtet sind, einen Unterwerfungsvertrag der Schweiz mit der EU zu unterzeichnen. Der entsprechende Artikel 266 unseres Strafgesetzes lautet wie folgt: *Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist, die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft zu verletzen oder zu gefährden, eine die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gefährdende Einmischung einer fremden Macht in die Angelegenheiten der Eidgenossenschaft herbeizuführen, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.* Lieber Himmel, man stelle sich vor, dieser Artikel 266 würde endlich ernst genommen: Hunderte neuer Gefängniszellen müssten gebaut werden!

Christoph Balluff, Bettlach SO



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax
 inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCoTex AG – 041 799 50 00

Schweizer Politik – spannend geht es weiter



Das neue Jahr beginnt politisch mit einem medialen Paukenschlag: Der ehemalige Schweizer Profi-Tennispieler Marc Walder (1984–1992 im Nationalteam), rückte beruflich auf zum Ringier-Chef («BLICK») und verbesserte seinen Status, indem er gemäss «Weltwoche» zum persönlichen Berater von Ex-Bundesrat Alain Berset, SP, aufstieg.

Dem Magazin liegen sms-Kopien vor, die aufzeigen, dass Walder sich durchaus auch befähigt sah, SP-Bundesrat Berset mit direktem sms-Kontakt als Ratschläge getarnte Weisungen zu erteilen – wie mit einer Mitteilung an Berset zum komplexen Corona-Problem. Die Botschaft (in anscheinender Weisungsbefugnis) lautete: «So eine ganz klare Aussage wäre die kommende Woche wichtig: Als Nicht-Geimpfter bleiben Sie ein Risiko.»

Berset solle zudem bei der nächstfolgenden Medienkonferenz der Schweizer Bevölkerung erklären, was nach des Medienmannes Dafürhalten im Corona-Umgang richtig oder falsch sei. Und tatsächlich: Berset agierte auftragsgemäss und plapperte coram publico den vorgekauften Text wunschgemäss nach. In vorausseilendem Gehorsam gegenüber der nationalen Presse bestätigte

er den «Befehlsempfang» via sms vom 29. Mai 2021 so: «Vielen Dank, werde es lesen und schauen, was wir noch machen können.» Des Weiteren schlug der Medienmann dem Bundesratsmitglied Berset «diverse Kommunikationsstrategien» vor, ganz so, als sei er dazu vom Gesamtbundesrat autorisiert worden.

Was ging hier vor? Trat ein vom Volk gewählter Schweizer Bundesrat tatsächlich gegenüber einem Mitglied der nationalen «yellow press» als devoter Befehlsempfänger auf? Wie naiv! Musste Berset doch schon beim Verfassen seiner Antwort-sms an Medienmann Walder gewusst haben, dass er damit eine zu ihm führende autobahnbreite Spur legte, die ihn – peinlich, peinlich – als bundesrätlichen Befehlsempfänger outete.

Ebenso spannend, wie sich Baume-Schneider (SP) im neuen EDI-Ressort schlagen wird, war sie doch zuvor als Asyl-Zuständige glorios gescheitert. Triste Erkenntnis: Es bleibt scheint dem Menschen vorbehalten, schwache Führungsleute an die Spitze zu stellen – im Tierreich kennt man dies Verhalten nicht.

Schon bemerkenswert, wer hierzulande alles zu politischen Ehren gelangt, so er sich zuvor nach allen Seiten hin in devote Rückenlage bringt!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Kampf gegen immer mehr Asylunterkünfte

Ich finde das ganze Asylchaos, das auf Bundesebene angerichtet wird und dessen Folgen die Gemeinden und wir Steuerzahler tragen müssen, völlig untragbar. Und ich möchte vor allem den Gemeinden Mut machen, gegen immer mehr Asylunterkünfte zu kämpfen und nicht locker zu lassen. Denn es lohnt sich, wie das Beispiel Au bei Wädenswil zeigt: Geplant waren 144 Asylunterkünfte und zusätzlich noch Notunterkünfte – über die Köpfe unserer Bevölkerung hinweg. Das akzeptierten wir natürlich nicht. Das Gericht entschied

leider gegen uns. Wir bildeten eine Interessengemeinschaft, der Widerstand war enorm. Weil der entscheidende Brief, der alle negativen Folgen und Ängste der Anwohner auflistete, auf der Stadtverwaltung liegen blieb oder zu spät gelesen wurde, krebste der Stadtrat zurück. So konnten wir schliesslich eine Einigung erzielen. Jetzt werden lediglich Notunterkünfte statt Asylunterkünfte gebaut, und wir alle sind erleichtert. Daher mein Rat an andere betroffene Gemeinden: Unbedingt kämpfen und nicht locker lassen!

Regula Hildebrand, Au (Wädenswil) ZH

GOAL GLOSSAR

Q Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Zahlen soll der Mittelstand

Wir alle müssten diese superteure Initiative über höhere Lohnabgaben und steigende Preise finanzieren. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Millionen fliessen ins Ausland

Fast eine Million Menschen im Ausland bekäme ebenfalls ein Rentengeschenk. Das kostet jedes Jahr deutlich mehr als 500 Millionen Franken - natürlich bezahlt von der Schweizer Bevölkerung.

Reiche erhalten am meisten

Weil die Linken die zusätzliche Rente mit der Giesskanne verteilen, erhalten gerade die am meisten, die es gar nicht brauchen. Das ist unfair und unsozial.

3. März 2024
www.zukunft-sichern.ch

**13. AHV-
Rente**
NEIN

Grundlegende institutionelle Reform im Kanton Zürich

Überfällig!

von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küsnacht ZH

Zum Jahresanfang mein Plädoyer für eine grundlegende institutionelle Reform im Kanton Zürich: u.a. Straffung und Stärkung der Budgetkontrollmechanismen, Personalplafonierung, Ausgabenplafonierung, Straffung des Parlamentsbetriebes.



institutionelle Reform im Kanton Zürich auf.

Straffung und Stärkung der Budgetkontrollmechanismen: Der Regierungsrat legt der Finanzkommission jährlich, nach Abschluss des verwaltungsinternen Budgetierungsprozesses, neben den Angaben im öffentlich publizierten Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) und im Budget-Buch, jeweils per Mitte August seinen Budgetentwurf für alle Leistungsgruppen vor. Die Finanzkontrolle überprüft neu die einzelnen der rund 5'000 Konti und berichtet der Finanzkommission. Nur so ist es der Finanzkommission wieder möglich, das Globalbudget des Kantons mehr oder weniger seriös auf seine Plausibilität zu überprüfen und gezielt fundierte und seriöse Budget-Änderungs-Anträge zu stellen. Eine solche Vorgabe bedingt eine Gesetzesänderung.

Personalplafonierung: Das kantonale Mitarbeiterheer wächst und wächst: Gemäss Budget soll der Kanton Zürich 2024 rund 52'613 Angestellte beschäftigen, was ein Wachstum von rund 1'300 Stellen oder 2,5% gegenüber 2023 bedeutet. Die Verwaltung wächst rascher als die Bevölkerung des bevölkerungsreichsten Kantons der Schweiz (Stand 31.12.2023: rund 1,6 Millionen Einwohner). Dem ist Einhalt zu gebieten: Der Mitarbeiterstand der Kernverwaltung und aller kantonalen Institutionen soll im Einklang mit der Bevölkerungsentwicklung wachsen oder abnehmen. Um wirksam zu werden, bedingt diese Vorgabe einen neuen Verfassungsartikel und eine Gesetzesänderung.

Ausgabenplafonierung Konsolidierungskreise I und II (Leistungsgruppen 1–8: Direktionen, Staatskanzlei, Behörden und Rechtspflege): Das Aufwandwachstum muss im Einklang mit dem Bevölkerungswachstum sein. Ein solcher Entscheid bedingt «nur» den Willen einer Mehrheit des Parlaments anlässlich der

jährlichen Budgetdebatte, sollte aber auch gesetzlich verankert werden.

Abschaffung des Zentrumslastenausgleichs für die Städte Zürich und Winterthur: Der jährliche Zentrumslastenausgleich für die beiden Städte ist rein politisch bestimmt und objektiv nicht begründbar. Höheren Aufwendungen für Polizei, Sozialhilfe und Kultur stehen ortsbedingt höhere Steuereinnahmen gegenüber. Die Abschaffung bedingt eine Verfassungs- und eine Gesetzesänderung.

Verkleinerung der Legislative, Einführung einer 5 Prozent-Wahlhürde: Reduktion der Mitgliederzahl des Kantonsrats von 180 auf 110, was unweigerlich zu einer Effizienzsteigerung («Konzentration auf das Wesentliche») führt. Einführung eines kantonsweit geltenden 5%-Quorums. Die Änderungen bedingen eine Verfassungs-, sowie Gesetzes- und Reglementänderungen.

Straffung des Parlamentsbetriebes: Reduktion der ständigen Kommissionen von 14 auf die folgenden neun: Geschäftsleitung, Finanzkommission, Geschäftsprüfungskommission, Kommission für Bildung und Soziales, Kommission für Gesundheit, Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit, Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt, Kommission für Staat und Gemeinden, Kommission für Planung und Bau, ferner Erhöhung der Anzahl Ratsmitglieder zur Bildung einer Fraktion von 5 auf neu 7 Mitglieder. Diese Änderungen bedingen Gesetzes- und Reglementänderungen.

Hans-Peter Amrein

Churz & Bündig

Der Bundeskasse werden die Krankenkassen-Prämien einzig jener Asylbegehrenden belastet, die sich in Auffangstellen des Bundes aufhalten. Für alle anderen zahlen die Gemeinden, die Steuerzahler, vor allem auch die Prämienzahler. Allein für die Aufenthalter in den Bundes-Asylzentren wird die Bundeskasse jährlich um 37 Millionen Franken erleichtert. Das Bundesamt für Statistik verweigert Zahlen zur gesamthaften Belastung der Prämienzahler durch Ausländer. Doch die hier genannte Zahl für eine relativ kleine Minderheit von Migranten lässt erahnen, in welch exorbitantem Ausmass die Explosion der Krankenkassenprämien durch die unkontrollierte Masseneinwanderung genährt wird.

us

Die EU-Kommissare haben nach der Macht gegriffen

Das Europa der Vaterländer hat verloren (Teil 2)

von Dr. Bruno Bandulet, Kapitalmarktexperte, Journalist, Verleger und Buchautor, Bad Kissingen, BRD

hf. Der nachstehende Artikel von Dr. Bruno Bandulet beleuchtet ebenso schonungslos wie kompetent das wahre Wesen der Europäischen Union. Dieses intellektuelle Konstrukt, welche keine klare Gewaltentrennung kennt, wird von nicht demokratisch legitimierten Funktionären bzw. Kommissaren beherrscht, die sich als Eliten gebärden und sich gegenseitig lukrative Posten zuschanzen. Die 27 Mitgliedsländer werden im Wesentlichen durch die «Notendruckpresse» der Europäischen Zentralbank zusammengehalten. Wir publizieren nun den zweiten Teil von Dr. Bandulets Ausführungen in leicht gekürzter Form. Der Erstabdruck des Artikels erfolgte im Cato-Magazin 06/23, <https://cato-magazin.de>



In der EU gilt: Wer zu Hause ausgedient hat, kann immer noch nach Europa gehen. Ursula von der Leyen war unbestritten eine miserable Verteidigungsministerin in Berlin. Nachdem sie sich mit der Führung der Bundeswehr überworfen hatte, näherte sich ihre Berliner Karriere mit der sogenannten Berater-Affäre dem Ende. Brüssel muss ihr wie das rettende Ufer erschienen sein.

Christine Lagarde wiederum wurde 2016 von einem französischen Gericht des fahrlässigen Umgangs mit öffentlichen Geldern schuldig gesprochen. Seltsamerweise verhängte das Gericht keine Strafe. So blieb der Weg nach Frankfurt und ins Obergeschoss der Europäischen Zentralbank (EZB) offen, wo sie mit ganz anderen Summen umgehen darf. Sie schaffte es, die Bilanz der EZB zwecks Euro-Rettung auf über 8'000 Milliarden aufzublasen und eine seit Jahrzehnten nicht gekannte Inflation loszutreten. Sie wird denen, die sie protegieren haben, ebenso wenig Schwierigkeiten machen wie die deutsche Strahlefrau im Zentrum des Apparats.

Fehlende Gewaltentrennung

Dort übt Frau von der Leyen Macht aus, die ihr in Berlin abging. Die für einen Rechtsstaat unerlässliche Gewaltenteilung – die Trennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative – schwimmt in Brüssel. Nicht das Parlament, sondern die Kommission besitzt das Initiativrecht beim Gesetzgebungsverfahren. Nur sie darf Gesetze einbringen. Anschliessend verhandeln der Ministerrat und das Parlament über die Vorlagen. Stimmen diese zu, werden die aus Brüssel übermittelten Texte regelmässig von den nationalen Parlamenten abgenickt und damit zu nationalem Recht. So kommt es, dass der grösste Teil der deutschen Gesetze und Verordnungen nicht in Berlin, sondern in Brüssel ausgebrütet wird. Die Verordnungen der Kommission hingegen gelten unmittelbar. Sie werden den Parlamenten nicht einmal vorgelegt. Auch die sogenannten Beschlüsse trifft die Kommission in eigener Regie. Sie betreffen bestimmte Adressaten, auch sie

sind sofort anzuwenden. Weitere Instrumente dieser europäischen Überregierung sind die Stellungnahmen und Empfehlungen. Sie sind keine Rechtsakte, sondern formulieren Meinungen und politische Ziele, die erkennen lassen, wohin die Kommission zu steuern gedenkt.

Ein Diktator kann gestürzt werden, ein anonym agierendes bürokratisches System der Grösse der Europäischen Union ist hingegen nicht zu fassen. Das System produziert einfach weiter. Es ist darauf angelegt zu expandieren. Es überzieht das Europa der EU mit einem kafkaesken Geflecht von Vorschriften und Verboten, das nur noch für die Rechtsabteilungen der grossen Konzerne überschaubar ist.

Der produktive Mittelstand zumal in Deutschland, gefangen in der Paragraphenhölle, klagt und duldet. Die in den Europaverträgen verankerten Prinzipien der Subsidiarität und der «begrenzten Einzelermächtigung» stehen nur noch auf dem Papier. Die Kommission massiert sich Kompetenzen an, die ihr nicht zustehen und die auf der Ebene der Nationalstaaten, der Bundesländer und Gemeinden besser aufgehoben wären – eine vertragswidrige Selbstermächtigung, die vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg zuverlässig gedeckt wird.

Herrschaft des Unrechts

Kein Geringerer als Roman Herzog, ehemaliger Bundespräsident und zuvor Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, demaskierte die Willkür des EuGH in einem ganzseitigen Beitrag in der FAZ vom 8. September 2008, mithin schon vor 15 Jahren. Am Beispiel von EuGH-Urteilen konnte Herzog Punkt für Punkt nachweisen, dass das höchste europäische Gericht ungeeignet in die Kernkompetenzen der Mitgliedstaaten eingreift. Herzog geisselte die «Arroganz» der Europarichter und gelangte zum Fazit, «dass der EuGH zentrale Grundsätze der abendländischen richterlichen Rechtsauslegung bewusst und systematisch ignoriert, Entscheidungen unsauber begründet, den Willen des Gesetzgebers übergeht oder gar in sein Gegenteil verkehrt und Rechtsgrundsätze erfindet, die er dann bei späteren Entscheidungen wieder zugrunde legen kann». Herzog unternahm nichts weniger, als Aspekte einer Herrschaft des Unrechts aufzuzeigen. Er identifizierte den EuGH als Kern des Problems.

Beim Zusammenspiel von Kommission, EuGH und Parlament bleiben demokratisches Ethos und rechtsstaatliche Gepflogenheiten auf der Strecke. «Wenn es ernst wird, muss man lügen», sagte Jean-Claude Juncker, der damalige Vorsitzende der Eurogruppe. «Wir beschliessen etwas», verriet er bei anderer Gelegenheit, «stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.» (Zitate gemäss *spiegel online* vom 9. Mai 2011 und *Der Spiegel* vom 27. Dezember 1999).

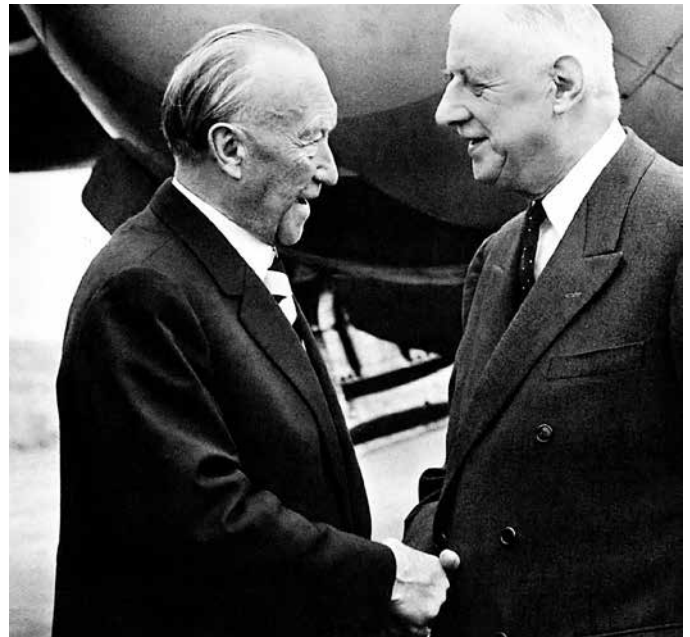
Unsummen von Geld als Schmiermittel

Mit Machtanmassung allein lässt sich eine Gemeinschaft von 27 Nationen mit ihren divergierenden Interessen und Überzeugungen und mit ihren inhomogenen Volkswirtschaften nicht zusammenhalten. Das Schmiermittel, das die Maschinerie am Laufen hält, besteht aus Unsummen von Geld, denominiert in Euro. Es wird generös und zum grossen Teil vom Zahlmeister Deutschland zur Verfügung gestellt. Dabei sind die Deutschen nicht einmal besonders reich. Laut neuestem «Global Wealth Report» der *Crédit Suisse* verfügt ein Franzose im Mittel mit umgerechnet 133'140 US-Dollar über ein doppelt so hohes Vermögen wie ein Deutscher.

Wiederaufbaufonds ermöglicht vertragswidrige Verschuldung

2020 war die reguläre EU-Umverteilung mit ihren Einzahlungen in den EU-Haushalt der Kommission nicht mehr genug. Ursula von der Leyen erfand den EU-Wiederaufbaufonds. Der 750 Milliarden schwere Fonds, der in Form von billigen Krediten und verlorenen Zuschüssen verteilt wird, war ein Meilenstein. Die Kommission konnte endlich die Fesseln des regulären Haushalts sprengen und sich vertragswidrig massiv verschulden. Wichtiger noch: Nur ihr obliegt es, den Geldsegen zu verteilen und seine Verwendung zu kontrollieren. Im August stellte sich heraus, dass nach drei Jahren nur zwanzig Prozent der Mittel abgerufen waren. Die bürokratische Infrastruktur mancher Länder war mit der Kanalisierung der Gelder überfordert. Deutschland, auch diesmal mit Abstand der Hauptfinanzier, hatte so gut wie nichts in Anspruch genommen. Das Absurde an der Prozedur ist, dass sich Berlin die Verwendung der Gelder, die es nach Brüssel abgeführt hat, von Brüssel genehmigen lassen muss, bevor sie zurückfliessen können.

Ob die Europäische Union an der Übergriffigkeit der Kommission, an den divergierenden nationalen Interessen oder daran zerbricht, dass den Nettozahlern das Geld ausgeht, bleibt offen. Absehbar ist freilich, dass sie sich mit der Aufnahme von bis zu neun neuen Mitgliedern auf dem Balkan und in Osteuropa, die Ukraine und Moldau eingeschlossen, übernehmen wird. Wie soll die Ukraine, deren Widerstand gegen den russischen Angriff sich aus purem Nationalismus nährt, in diese postnationale Versammlung passen? Allein der riesige



Adenauer und de Gaulle würden sich wohl im Grab umdrehen, wenn sie miterleben müssten, was aus ihrem «Europa» geworden ist.

Agrarsektor würden nach geltenden Regeln sämtliche Milliarden aus der EU-Agrarhilfe und aus den Kohäsionsfonds absorbieren, hat die NZZ am 11. August 2023 vorgerechnet. Dann bliebe für die Südeuropäer und für die Nettoempfänger in Osteuropa nichts mehr übrig.

Zurück zu den Quellen der Kraft?

2023 sind sechzig Jahre vergangen, seitdem der deutsch-französische Vertrag unterzeichnet wurde. Seine Architekten sind fast schon vergessen. Charles de Gaulle verachtete die Bürokratie in Brüssel. Sein Projekt war der karolingische Staatenbund, seine Vision ein Europa vom Atlantik bis zum Ural, das sich von der amerikanischen Hegemonie emanzipierte. Konrad Adenauer war sich mit dem General einig, wenn er auf die «Hyper-Europäer» schimpfte. «Die Hauptsache ist», sagte er einmal, «dass man zusammenarbeitet. Ob man das in der einen oder anderen Form tut, spielt keine Rolle.» Wegen der Obstruktion der Atlantiker in Bonn wurde der Vertrag vom 22. Januar 1963 nie mit Leben erfüllt.

Das Europa der Staaten und Vaterländer hat verloren, die Kommissare haben nach der Macht gegriffen. Die europäische Frage bleibt offen. Wenn es das Schicksal gut meint mit den Europäern, gibt es vielleicht doch noch ein Zurück zu den Quellen der Kraft.

(Schluss)

Bruno Bandulet

Churz & Bündig

Am Stephanstag kam es am Bahnhof Aarau zu einer äusserst brutal ausgetragenen Schlägerei. Mehrere Beteiligte mussten verletzt ins Spital verbracht werden. – Was hat die Medien veranlasst, so spärlich über diesen Brutalitäts-Exzess zu berichten? Spielt eine Rolle, dass die Täter Ausländer sind? Mutiert Ausländer-Kriminalität in den linksgrün orientierten Medien zu einem Unthema?

Ein Schweizer Präzisionsunternehmen: Die Willi Giger AG in Tuggen

Rund und genau

Die Schweizerzeit im Gespräch mit Roland und Rita Schmid-Giger

Rundschleif-Verfahren von Metall, Keramik und Kunststoff auf Tausendstel-Millimeter genau: Das bringt nur ein Präzisionsunternehmen fertig.



Die Anfänge der Firma Willi Giger AG gehen zurück ins Jahr 1972. Willi Giger, verstorben 2020, gründete damals seine Rundschleiferei in der Garage seines Einfamilienhauses in Schänis – zunächst als Einmann-Betrieb.

Seit 2000 befindet sich die Willi Giger AG im firmeneigenen Wohn- und Gewerbehäus in Tuggen SZ, seit 2006 geführt vom Schwiegersohn und von der Tochter des Firmengründers, Roland und Rita Schmid-Giger.

Teure, äusserste Genauigkeit garantierende Präzisionsmaschinen sowie erfahrenes Personal: Diese höchste Präzision beim Rundschleifen gewährleistende Kombination verhilft der Willi Giger AG zum Geschäftserfolg. Zurzeit arbeiten 19 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Betrieb. Seit über zehn Jahren mit dabei sind auch die zwei Söhne der Inhaber.

Spezialisiert auf Rundschliff

Die Kernkompetenz der Firma besteht im Rundschleifen von Metall (zum Beispiel von hoch legiertem Stahl), von Keramik und Kunststoff für grössere und kleinere Firmen im Maschinen-, Werkzeug- sowie im Formenbau. Es werden kleine, kleinste, aber auch grössere Komponenten in reiner Lohnarbeit bearbeitet; die Teile dafür werden von diversen Firmen aus der Schweiz und dem nahen Ausland nach Tuggen angeliefert und danach für die weitere Verarbeitung wieder abgeholt. Die endgültige Verwendung der Wellen,

Büchsen, Flanschen, Bolzen, Ringe usw. ist oft gar nicht bekannt, und muss auch nicht bekannt sein.

Derzeit erlebt – auch Folge des Russland-Boykotts angesichts des Ukraine-Kriegs – der Transport von Erdgas auf Flüssiggas-Tankern einen Aufschwung. Für den Schifftransport muss das Gas verflüssigt und bei Ankunft im Bestimmungshafen wieder umgewandelt werden. Der komplizierte Umwandlungsprozess von Kompression oder Wiederverflüssigung erfolgt durch Apparate und Maschinen, für welche auch die Willi Giger AG verschiedene Präzisionskomponenten zu schleifen hat.

Auch für den Formenbau ist höchste Genauigkeit erforderlich.

Die geschliffenen Werkzeuge werden in Maschinen eingebaut, die für die Massenproduktion von Plastikprodukten (zum Beispiel Kunststoffdeckel) verwendet werden, wobei Präzision heisst: Enge Toleranzen von einigen Tausendstel-Millimetern zu erreichen.

Dies sind nur zwei Beispiele für den Einsatz der Rundschleiftechnik.

Qualitätssicherung durch modernste Messtechnologie

Natürlich werden die Schleifprozesse, ob Innen- oder Aussenrundschleifen, ob Profil-, Unrund-, Polygon- oder Gewindeschleifen mit verschiedenen Messmitteln wie Koordinaten-Messmaschine, Konturmessmaschine, Video-Messmikroskop und diversen weiteren Messmethoden laufend überprüft und protokolliert. Dafür steht ein im Jahr 2012 angebaute grosser, klimatisierter Messraum zur Verfügung.

Exportorientiert

Wer in der Rundschleiferei arbeiten will, erhält eine auf die geforderte Präzisionsleistung ausgerichtete Ausbildung durch die Firma selbst. Die Firmenleitung betont im Gespräch wiederholt, dass ihr Personal nicht bloss spezifische Fähigkeiten besitzen muss. Noch wichtiger sei der von jedem Mitarbeiter gezeigte Wille, Tag für Tag Produkte von höchster Exaktheit zu schaffen.

Ein grosser Teil der Aufträge betrifft Komponenten, die – auch wenn die Bestellfirma in der Schweiz lokalisiert



ist – schliesslich in Maschinen und Apparate eingebaut werden, die danach ins Ausland geliefert werden.

Zukunft

Die Betriebsinhaber blicken optimistisch in die Zukunft. Einerseits, weil die Firma durch ihre Spezialisierung auf einen Teilbereich der «mechanischen Zerspanung»

(ein Begriff aus der Fräs-, Dreh- und Schleiftechnik) in der Lage ist, in der Schweiz zu produzieren – wobei der Bedarf der Wirtschaft nach Präzisionsbestandteilen weiterhin gross ist. Andererseits, weil die zwei Söhne gewillt sind, in die Fusstapfen von Grossvater und Eltern zu treten.

Das heisst aber auch, dass sich die Willi Giger AG jederzeit auf markante Investitionsbereitschaft einzustellen hat. Spezialwerkzeuge, Abrichtdiamanten, Schleifscheiben, Maschinen und vieles mehr sind schliesslich alles andere als günstig und werden meist in der Schweiz oder in Europa hergestellt. Modernste Maschinen, bedient von sorgfältig ausgebildetem und erfahrenem Personal: Das sichert der Präzisionsschleiferei auch in Zukunft den Erfolg – davon sind die jetzigen Inhaber und ihre Söhne überzeugt.

Trotz aufziehenden Wolken am Himmel der Weltwirtschaft – aber auch trotz jahrelanger falscher Weichenstellungen seitens der Politik, insbesondere bezüglich der grosse Besorgnis auslösenden Energiepolitik: Die Willi Giger AG wird wie viele andere KMUs weiterhin zum Rückgrat der Schweizer Volkswirtschaft gehören.

S.

Das Gespräch mit Roland und Rita Schmid-Giger führte Ulrich Schlier.

Website: www.willigiger-ag.ch



Ihr Spezialist für Rundschleif- und Messtechnik

- Innen- und Aussenbearbeitungen, Ø 0,15 mm bis Ø 649 mm, Länge bis 1850 mm
- CNC und konventionell
- Profilschleifen
- Gewindeschleifen
- Unrundschleifen (z. B. Polygon)
- Planschleifen
- Auftragsmessungen

Auch in der Messtechnik auf dem neuesten Stand

- In unserem klimatisierten Messraum stehen diverse Messgeräte zur Verfügung, zum Beispiel:
- Mehrkoordinaten-Messmaschine Zeiss Prismo Navigator
 - Konturmessmaschine Optacom VC-10 UL
 - Video Messmikroskop Mahr MarVision MM320

Gerne beraten wir Sie unverbindlich und erstellen Ihnen eine Offerte.

Landigstrasse 4
8856 Tuggen
Tel. 055 465 61 20
info@willigiger-ag.ch

www.willigiger-ag.ch

WILLI GIGER AG
Präzisionsschleiferei

JA zu weniger Zuwanderung zu einer sicheren AHV zur Renteninitiative



Gregor Rutz
Nationalrat SVP ZH

«Die Renteninitiative trägt dazu bei, dass die AHV auch in Zukunft gesichert ist.»



Diana Gutjahr
Nationalrätin SVP TG

«Wir brauchen weniger Arbeitskräfte aus dem Ausland. Die Renteninitiative stärkt den Schweizer Arbeitsmarkt.»



David Trachsel
Präsident JSVP

«Wenn es mit der Altersvorsorge so weitergeht, gehen die Jungen einmal leer aus. Deshalb braucht es die Renteninitiative.»



Gregor R. Bruhin
Kantonsrat SVP ZG

«Rentenkürzungen vermeiden, Schulden reduzieren.»



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP ZH

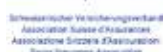
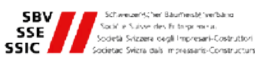
«Die Verknüpfung der Lebenserwartung an das Rentenalter sichert unser Rentensystem.»



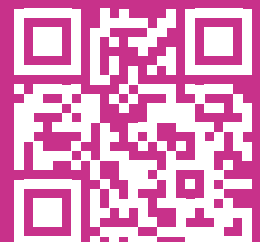
Nils Fiechter
Grossrat SVP BE

«Mit der Renteninitiative werden Arbeitgeber verstärkt auf inländische Arbeitnehmer setzen. Eine Reduktion der masslosen Zuwanderung ist deshalb sehr wahrscheinlich.»

JA SAGEN AUCH:



renten-sichern.ch



Das Aussendepartement (EDA) mit Bundesrat Ignazio Cassis als Aushängeschild will in die EU – buchstäblich um jeden Preis! Dass eine Bundesratsmehrheit die Verhandlungen um den sog. Rahmenvertrag – mit dem der Brüsseler Funktionsapparat die Schweiz dem EU-Recht zu unterwerfen trachtete – abgebrochen hat, haben die Funktionäre im Departement Cassis nie akzeptiert, nie verkraftet.

*

Kaum ist der Bundesrat neu – viel EU-devoter – zusammengesetzt, schlägt das EDA zu. Im Eiligst-Verfahren will das Aussendepartement der Schweiz eine – markant verschlechterte! – Neuauflage des gescheiterten Rahmenvertrags unterjubeln. In Form eines Abkommens, das alle Züge eines Kapitulationsvertrags trägt.

Nur Englisch

Der besondere – besonders perfide – Dreh dabei: Der Bundesrat legt den Vertrag allein in englischer EU-Fassung vor. Um die – umfangreichen! – Vertragspapiere auch nur zu verstehen, muss man sich keineswegs bloss auf Englisch unterhalten können. Man muss die komplizierte, technisch-juristische Vertragssprache in englischer Fassung verstehen – und das können in der ihnen aufgezwungenen, äusserst kurzen Vernehmlassungsfrist nur sehr Wenige. Dass auch das Volk – das schliesslich ausfressen muss, was ein EU-versessenes Departement mit schwachem Bundesrat an der Spitze dem Land zumutet – den Vertragsinhalt verstehen können müsste: Das interessiert die Funktionsclique im Aussendepartement zuallerletzt. Die sollen schlucken, was ihnen die Funktionselite vorwirft – soweit man es den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt zur Kenntnis zu bringen bereit ist.

*

Die Krönung: Der Vertrag umfasst auch ein Papier – es trägt den Titel «Common Understanding» –, das die EU ganz allein, ohne jedwede Mitwirkung von Schweizer Diplomaten formuliert und festgelegt hat. Es enthält verbindliche, ausnehmend herrisch formulierte Weisungen, wie die Schweiz den eigentlichen, von beiden Seiten zu unterzeichnenden Vertrag auszulegen hat. Im «Common Understanding» geben die Brüsseler Potentaten den sie anbetelnden Schweizern den Tarif verbindlich durch. Kompromisslos! Abschliessend! Keinerlei Widerspruch zulassend!

Diejenigen, die den ebenfalls englischen Text dieses faktischen Dekrets wenigstens zu Gesicht bekommen haben, sind – so sie nicht blindgläubige Jünger der Ursula von der Leyen sind – mehr als nur erschrocken: In dieser Weisung nimmt sich die EU auch ganz direkten Durchgriff auf Schweizer Institutionen heraus. Und dies ausdrücklich auch mit rückwirkender Geltung!

Die EU masst sich damit das diktatorische Recht an, frühere, allenfalls bereits seit Jahren in Kraft stehende Volksabstimmungsbeschlüsse kurzerhand zu

liquidieren. Oder aber zu verändern. Als wären wir rechtlose Kolonie Brüssels. Ist die Schweiz allenfalls nicht oder nicht vollumfänglich bereit, von ihr herrisch erwartete finanzielle Beiträge an Brüssel zu leisten, dann erlaubt dieses Dekret dem der Pleite entgegentaumelnden Brüssel ganz direkten Zugriff auf die Schweizerische Nationalbank. Denn diese sei, legt Brüssel selbstherrlich fest, den von der Europäischen Zentralbank verfolgten Finanzstrategien dienstbar. Im Klartext: Die EU erlaubt sich nichts weniger als die Ausraubung der Schweiz – wie sie unserem Land einst von Napoleon (immerhin nach einer militärischen Niederlage) beschiedenen worden ist.

*

Und die Bundesratsmehrheit versteift sich auf den Glauben, selbst ein derartige Ausraubung der Schweiz zulassendes Papier müsse nicht dem obligatorischen Referendum, müsse nicht obligatorisch einem Volksentscheid unterstellt werden...

Eidgenossen: Auf in den Kampf!

Ulrich Schlüer

Akzent

Schweizerzeit STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein

Legat

an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung

Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer

Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch



Festliche Arrangements für besondere Feiertage

Geniessen Sie festliche
Stunden im Appenzeller Land
mit authentischer Küche und
erholsamen Wellness-Momenten.

Weitere Informationen und Buchung:
baeren-gonten.ch/schlafen/specials/



BÄREN
GONTEN | APPENZELL



Boutique Hotel Bären Gonten AG | Dorfstrasse 40 | 9108 Gonten AI, Switzerland
T +41 71 795 40 10 | www.baeren-gonten.ch

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Nato

Das Problem ist, dass die Mehrheit des Bundesrats und des Parlaments die Schweizer Neutralität aufgeben wollen: Bundesrätin Amherd will uns in Richtung Nato treiben. Das ist gefährlich. Wir würden bald in fremde Konflikte hineingezogen werden. Für die anderen ist die Neutralität ein lästiges Hindernis für eine EU-Mitgliedschaft. Denn unsere Neutralität ist eine wichtige Säule unserer politischen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

(Ständerat Marco Chiesa, Präsident SVP, Editorial 08.12.2023)

Grünrote Energiekompetenz

Wer ernsthaft beabsichtigt, den Ausstoss von Kohlendioxid zu vermeiden, handelt bescheuert, wenn er Atomkraftwerke stilllegt und dafür Kohlekraftwerke hochfährt. Bescheuert ist es, das Land mit Windrädern und Solarzellen einzudecken, bevor die dazu benötigten Stromnetze zur Verfügung stehen. Noch bescheuerter ist es, bis 2030 15 Millionen Elektroautos auf deutsche Strassen zu schicken und jedes Jahr 500'000 neue Wärmepumpen installieren zu wollen, ohne sagen zu können, woher der viele Strom kommen soll. Unglaublich, aber wahr: Würden die Pläne der Regierung tatsächlich verwirklicht, dann würde sich der Stromverbrauch bei Spitzenlast mindestens verdoppeln.

(Bruno Bandulet in «eigentümlich frei», Nr. 239)

Gewalt

Die linksextreme Gewalt in der Stadt Zürich eskaliert seit vielen Jahren. Gewalt dominiert auch immer wieder den 1.-Mai-Umzug. 2011 erstickte die Polizei mit der Einkesselung von Personen die politisch motivierte Gewalt im Keim. Dafür rügt der Europäische

Zuwanderungs-Exzesse

Ja, die Schweiz braucht Zuwanderung. Aber jeder klar denkende Mensch merkt, dass die Schweiz in einer Zuwanderungsspirale gefangen ist: Um die Bedürfnisse der Zugewanderten nach Wohnraum, Schulbildung, Gesundheitsversorgung und vielem mehr zu befriedigen, brauche es immer noch mehr Zuwanderung. Gerade im Gesundheitswesen sorgt dies für explodierende Kosten, denn all diese Personen haben ab dem ersten Tag Anspruch auf den gesamten Leistungskatalog der Krankenversicherung – obwohl sie noch nie Prämien oder Steuern bezahlt haben. Die Krankenkassenprämien steigen, doch statt endlich die Zuwanderung zu begrenzen, wollen die Linken, dass die Steuerzahler noch mehr Prämienverbilligung zahlen müssen.

(NR Martina Bircher, Referat DV SVP 11.11.2023)

Gerichtshof für Menschenrechte nun die Polizei. Dieses Urteil der fremden Richter ist ein Skandal, greift unberechtigt in innerstaatliche Angelegenheiten ein und verdreht die Rolle von Opfer und Täter. Einkesselungen müssen auch zukünftig angewendet werden, um die extremen Gewaltchaoten im Zaum zu halten.

(Samuel Balsiger, Gemeinderat Stadt Zürich, 20.12.2023)

Schweizer Solidarität

Aufgrund ihrer starken Währung und ihrer ausgezeichneten Unternehmen ist die Schweiz unser bevorzugtes Investmentziel – und bleibt es weiterhin, denn an den Ursachen für den schwachen Euro wird sich nichts ändern. Ein massgeblicher Faktor sind die unterschiedlichen Schuldenquoten und darauf basierend Inflationsraten in der Währungsunion und der Schweiz: Beträgt die Staatsverschuldung in der Schweiz dank Schuldenbremse zwölf Prozent des jährlichen BIP, sind es in der Eurozone im Schnitt knapp hundert Prozent. Dadurch ist auch der Zwang zur Inflationierung höher, denn real betrachtet werden die Staatsschulden bei höheren Teuerungsraten geringer. Die Inflation ist daher politisch gewollt. Das Gerede seitens der Politik, ursächlich dafür seien der Ukrainekrieg, die Nachwirkungen der Coronapandemie und die hohen Energiepreise, ist nichts als Augenwischerei. Schliesslich betreffen diese auch die Schweiz. Fakt ist: Wenn die Gelddruckmaschinen der EZB permanent laufen, muss ich mich nicht wundern, wenn der Wert der Währung sinkt.

(Dr. Holger Schmitz in «Smart Investor», 1/2024)

Energiewende

Auch die Energiewende wird gnadenlos fortgesetzt, obwohl sie mittlerweile für die Verbraucher unbezahlbar, für die Wirtschaft existenzbedrohend und für Landschaft, Natur, Umwelt zur Katastrophe geworden ist. Ziel verfehlt. Aber statt zu korrigieren, wird der Mitteleinsatz erhöht. Die grossen Parteien demonstrieren ihren Unwillen, die Gesetze der Physik zu akzeptieren. Dass sie die nicht verstehen, macht die Sache nicht besser. Ihre Fehlentscheidungen müssen korrigiert werden. Je schneller, desto besser.

(Roland Tichy, Tichys Einblick 12/23)

« Das aktuelle Zitat »

«Ich wünsche mir, der Schock des 7. Oktober würde auch in anderen westlichen Ländern die Widerstandskräfte wecken. Ich bin sicher, dass es sie gibt. Sie schlummern irgendwo – vor allem die junge Generation in Deutschland, England Schweden wirkt seltsam schläfrig: Und doch hoffe ich, diese jungen Leute werden eines Tages aufwachen und verstehen, dass da jemand ist, und zwar mitten in ihren Ländern, der ihnen all das wegnehmen oder zerstören will, was sie für selbstverständlich halten.»

Chaim Noll, israelischer Schriftsteller, auf dem Politblog «Achgut.com» am 14. Dezember 2023

eljah

werte bewahren



Silber und Gold als Münzen und Granulat

Damit Ihr Erspartes den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Bereits einige Banken wanken. Durch das erhöhte Schöpfen von neuem Geld steigen die Inflationsraten Monat für Monat. Wie lange kann sich der Franken noch halten? Höchste Zeit auf wahre Werte zu setzen, die seit Jahrtausenden bestehen. Als Vermittler helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto zu eröffnen und Münzen zu bestellen.



Ihr
Geschenk



Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Verfehlte Taktik gegenüber Gewalttätern

Bettelnde und flehende Polizisten

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Bereits im Vorfeld war davon auszugehen, dass die Silvesterpartys in deutschen Städten nicht in Minne verlaufen würden. Deshalb war die Berliner Polizei auf Draht und hat gegen 3'000 Polizeibeamte – und für den Einsatz an den Bahnhöfen zusätzlich mehrere Hundertschaften Bundespolizisten – aufgeboden.



Und dann kam den Polizeiverantwortlichen etwas Sonderbares in den Sinn. Anstatt die potentiellen Gewalttäter unmissverständlich darauf hinzuweisen, dass mit konsequenter Repression zu rechnen sei, wurde ein bizarres Video-Filmchen veröffentlicht. In diesem sagt eine junge Polizistin unterwürfig und mit leiser Stimme die Worte «Greift uns nicht an!» und weiter «Bitte respektiert unsere Arbeit!»

Gut gemeint ist nicht immer gut

Was soll dieses gut gemeinte Süssholzraspeln in Anbetracht der Situation, dass ein Grossteil von jungen Männern mit Migrationshintergrund für die Krawalle verantwortlich ist? Seitens der Polizei ist es zwar völlig korrekt, bei Manifestationen und im Vorfeld von Grossanlässen mit Gewaltpotenzial erfahrene Dialogteams einzusetzen. Dies, um die notwendigen Kontakte zwischen den Leuten auf der Strasse und der Einsatzleitung sicherzustellen. Wer jedoch potentielle Täter bittet, immer schön lieb zu bleiben, zeigt vielmehr die eigene Angst und verbreitet dadurch eine eigentümliche Botschaft.

Selbstverständlich geht es nicht an, Besucher von friedlichen Silvester-Partys bereits im Vorfeld mit knallharter Polizeirepression zu bedrohen. Dennoch ist es mit Blick auf die vergangenen Jahre notwendig, die Feiernden darauf hinzuweisen, dass im Moment, in dem es zu Aggressionen gegenüber Passanten, Polizeikräften und Angehörigen von Rettungsdiensten kommt, fertig ist mit Flehen und Bitten. Es ist unmissverständlich zu kommunizieren,

dass die Polizei verhältnismässig – aber mit dem Recht im Rücken – vorgehen wird.

Zeichen der Schwäche

Viele Männer mit patriarchalischem und islamistisch geprägtem Hintergrund legten das Statement der Berliner Polizei als Schwäche aus. Es stellt sich schon die Frage, ob in Berlin und in andern deutschen Städten vor lauter Gender und Woke vergessen ging, aus welchem Kulturkreis die Randalierer kamen und dass eine klare Ansage zielgerichteter gewesen wäre. Das polizeiliche Vorgehen hat denn auch nur zum Teil funktioniert. Hunderte Randalierer schossen Feuerwerkskörper aufeinander, und weit über fünfzig Polizeiangehörige sowie eine grössere Zahl Rettungskräfte wurden allein in Berlin verletzt. Die hohe Anzahl eingesetzter Sicherheitskräfte hatte dennoch einen positiven Effekt. 300 Randalierer konnten festgenommen werden; ob es bei allen zu einer Verurteilung kommt, ist aber eher zu bezweifeln.

Der Leipziger Gefängnisdirektor hat in einem Interview in der *Bild-Zeitung* gesagt, dass heute die Hälfte aller Inhaftierten einen Migrationshintergrund habe und die arabische Community entsprechend gross sei. Früher habe es eine Art Verhandlungskultur gegeben nach dem Motto «Wenn du das machst, kommen wir dir dort entgegen.» Dies habe nun aber in keiner Weise funktioniert. «Vielmehr gelten wir heute als Schwächlinge, wenn wir verhandeln. Dabei wäre es doch so einfach.»

An dieser Stelle wünsche ich den verletzten Polizeiangehörigen und Rettungskräften gute und vollständige Genesung.

Markus Melzl



innova
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

Zürich, das Sozialamt der Welt?

Hinter feindlichen Linien



Raphael Golta (SP) ist Zürcher Stadtrat und Vorsteher des Sozialdepartements. Er versandte seine diesjährigen Weihnachtsgrüsse unter dem Motto: «Gemeinsam das soziale Zürich weiterbauen». Dann fügt er an: «Eine soziale Gesellschaft können wir nur gemeinsam schaffen. Dazu braucht es die Anstrengungen aller – des Gemeinwesens und von jeder und jedem Einzelnen.» Die Worte des SP-Politikers mögen auf den ersten Blick wie Floskeln klingen – sind sie bei genauer Betrachtung jedoch hochbrisant und gefährlich. Warum?

Wohl nirgends in der Schweiz ist der Sozialstaat so ausgebaut wie in der Stadt Zürich. Es gibt unzählige soziale Institutionen und teils mehrfache Doppelspurigkeit. Wer in der Stadt Zürich nicht arbeiten will, kann es sich leicht in der Hängematte des Sozialstaates gemütlich machen. Das Sozialdepartement wird die Steuerzahler im Jahr 2024 auch deshalb rund 1,1 Milliarden (also 1'100'000'000) Franken kosten. Als ob der allumfassende Sozialstaat also noch nicht genügend ausgebaut ist, will ihn nun also der SP-Stadtrat noch weiter ausbauen.

Wohin die Reise gehen soll, ist klar: Ausländer, die keine Sozialhilfe beziehen, weil sie sonst die Aufenthaltsbewilligung verlieren und illegal anwesende Ausländer (sogenannte Sans Papiers) sollen in den Genuss der Schweizer Sozialgelder kommen.

Der Stadtrat versuchte dies bereits im Jahr 2021 mit der sogenannten «wirtschaftlichen Basishilfe». Doch der Bezirksrat stoppte die Auszahlung der Sozialgelder und erklärte das neu geschaffene Sozialwerk für Ausländer als illegal.

Unterdessen hat die Mehrheit des radikal linken Stadtparlaments jedoch eine gesetzliche Grundlage geschaffen, und die Gelder können bald wieder an jeden Ausländer verteilt werden. Dies wird eine Sogwirkung entwickeln. Wer es bezahlen muss, schreibt der SP-Sozialvorsteher auch schon in seinen Weihnachtsgrüssen. Für eine «soziale Gesellschaft» (im Sinne der radikalen Linken) braucht es «jeden Einzelnen». Also jeder, der Steuern zahlt, soll doch bitte seinen Geldbeutel weiterhin für die gierigen Hände des Staats weit offenhalten.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Churz & Bündig

Mit sog. «Bürgergeld» wird in Deutschland denjenigen, die nicht arbeiten (wollen), der Lebensunterhalt finanziert. Dies mit Geld, das denjenigen weggenommen wird, die noch arbeiten. Wenigstens so lange, bis denjenigen, die noch arbeiten, das Arbeiten so verleidet, dass auch sie lieber Bürgergeld beanspruchen, als dass sie selbst arbeiten.

Wurde in Deutschland das Perpetuum mobile erfunden?

*

Brüssel weigert sich, das bestehende Binnenmarkt-Abkommen mit der Schweiz zu aktualisieren, also neuen Bedürfnissen anzupassen. Wäre Bundesbern wenigstens ein Rest an Mumm verblieben, würde es der EU höflich zur Kenntnis bringen, dass von Seiten der Schweiz über neue Rahmenbedingungen mit Brüssel erst verhandelt wird, wenn das Binnenmarkt-Abkommen an die neuen Realitäten angepasst wird.

Allerdings müssen wir feststellen: Was Rückgrat ist, hat man zu Bundesbern längst vergessen.

US

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2024: Fr. 80.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Wer einen Schatz an Geschichten und Sachwissen hat, liest und versteht besser

Schulabgänger müssen Deutsch beherrschen!

Hanspeter Amstutz, ehem. Sekundarlehrer und Bildungsrat, Kursleiter für Geschichtsdidaktik, Fehraltorf ZH

Vielen Schulabgängern fällt das Lesen bereits einfachster Texte schwer, wie die PISA-Studie aufgedeckt hat. Dass ein Viertel unserer Schuljugend damit schlechte Karten für das Erlernen vieler Berufe hat, ist ein bildungspolitischer Tiefpunkt. Was ist zu tun? Nachstehend die Zusammenfassung eines Artikels, den Hanspeter Amstutz, ehem. Sekundarlehrer und Bildungsrat, Fehraltorf ZH, verfasst hat.



Es gilt zunächst, die Krise nüchtern zu analysieren und ungeschminkt offenzulegen, was seit einigen Jahren schiefläuft. Zu Recht beklagen sich viele, dass die unzähligen Kompetenzziele des Lehrplans 21 eine Konzentration auf das Wesentliche erschweren. Auch das parallele Lernen dreier Sprachen in der Primarschule erweist sich als Hypothek.

Zusammen mit den sprachfördernden Realienfächern (Natur, Mensch, Gesellschaft) muss das Fach Deutsch wieder ins Zentrum des Unterrichtsgeschehens gestellt werden. Dies bedingt tägliches Üben – Lesen, Rechtschreibung, Satzbaustraining, das inhaltliche Erschliessen von Sachtexten, sowie das regelmässige Verfassen von Kurzberichten, Zusammenfassungen und Aufsätzen.

Freude am Lernen fördern

Lernen muss aber auch Freude bereiten, und die Schüler sollen den Reichtum unserer Muttersprache erleben. Spannende Erzählungen der Lehrerin lassen die Herzen der Kinder höherschlagen. Gut recherchierte Geschichten über historische (und aktuelle) Ereignisse mit anschließenden Klassendiskussionen ziehen auch Jugendliche in ihren Bann, wecken die Phantasie und literarisches Interesse. Leider wird in der Lehrerbildung zu wenig Zeit eingesetzt, um die Kunst des Erzählens intensiv zu fördern. Zu viel Zeit wird in Abhandlungen über didaktische Modeströmungen investiert. Zum Glück schaffen es viele Lehrkräfte später aus eigener Initiative, einen Weg

zum erfolgreichen Erzählen zu finden und die Freude am Lesen zu fördern. Weil die oft stundenlange Bildschirmzeit die Lesefreude vieler Kinder massiv stört, wird die Schule nicht darum herumkommen, die Eltern beim Umgang ihrer Kinder mit den digitalen Geräten viel stärker an ihre erzieherische Verantwortung zu erinnern. Sonst wird die Leseförderung zur Sisypusarbeit.

Ein attraktiver Realien- und Geschichtsunterricht ist zugleich ein guter Deutschunterricht

Vor allem im Realienunterricht, wenn es zum Beispiel darum geht, den Mitschülern die Funktion eines Elektromotors zu erklären, erkennen die Schüler einen präzisen Wortschatz plötzlich als nützlich, und bei der Bauanleitung für den Motor merken alle, wie wichtige gewisse Schlüsselbegriffe sind. Die Bedeutung eines attraktiven Realienunterrichts für das Allgemeinwissen und den Spracherwerb kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dies gilt auch für den Geschichtsunterricht, wo Grundfragen unserer Gesellschaft zur Sprache kommen und kritisches Denken einen hohen Stellenwert hat. In Zeiten von fake News leistet das Fach einen wertvollen Beitrag an Aufklärung, indem das Spiel der politischen Interessen in verschiedenen Epochen an konkreten Beispielen aufgedeckt wird. Es ist deshalb schwer verständlich, dass dieses wichtige Fach aktuell ohne klares inhaltliches Profil und mit reduzierter Lektionenzahl auskommen muss. Die Realienfächer und der Geschichtsunterricht haben eine Schlüsselfunktion für verstehendes und kritisches Lesen und gutes Deutsch. Diese Fächergruppe verdient eine umfassende Aufwertung sowohl in der Lehrerbildung als auch im Unterricht.

Hanspeter Amstutz

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.



Vielfältige SCHWEIZERZEIT- Leserschaft



hf. Schon bald nach der Wahl des jungen St. Gallers in den Nationalrat ist man schweizweit auf ihn aufmerksam geworden: Endlich hat wieder einmal ein Handwerker – ein Metzger bzw. Fleischfachmann, einer mit Bodenhaftung, einer, der weiss, was arbeiten heisst – im Parlament Einsitz genommen. Und er hat sich dort mit fundierten, zuweilen originellen Voten und mit Taten einen Namen gemacht. Und bereits wird er als «zweiter Toni Brunner» gehandelt.

Mike Egger (mike.egger@parl.ch)



Der scharfzüngige Nationalrat bleibt im Herzen ...

«Meine Kinder- und Jugendzeit durfte ich im Weindorf Berneck im St. Galler Rheintal verbringen. Gemeinsam mit meinen drei älteren Schwestern wuchsen wir im KMU-Betrieb meiner Eltern auf. Meine Grosseltern und Eltern führten mehr als fünfzig Jahre lang mit Erfolg das Gasthaus Brauerei in Berneck, besser bekannt unter dem Namen «Braui».

Ein handwerklicher Beruf

Im elterlichen Betrieb lernt Mike Egger früh, was es heisst anzupacken. Er arbeitet im Restaurant mit und hilft in der Metzgerei aus. «Diese Arbeiten fand ich immer spannend und anspruchsvoll. Ebenfalls wurde dadurch mein Taschengeld aufge bessert, und ich lernte früh, mit Geld umzugehen.» Für ihn ist bald klar, dass er nach der obligatorischen Schulzeit einen handwerklichen Beruf erlernen will. Er entscheidet sich für eine Ausbildung als Fleischfachmann EFZ, die er in Disentis GR absolviert und 2011 mit Auszeichnung abschliesst.

Berufsbegleitende Weiterbildung

«Im Laufe meiner fachlichen Ausbildung wurde mir bewusst, wie wichtig weiterführende Ausbildungen sind, wobei ich mich schon sehr früh für die

Betriebswirtschaftslehre interessierte. 2013 absolvierte ich die Weiterbildung zum kaufmännischen Sachbearbeiter WZR, die ich mit Diplom abschloss. Ein Jahr später folgte das Höhere Wirtschaftsdiplom HWD und 2014 der Technische Kaufmann mit eidgenössischem Fachausweis. 2018 absolvierte ich die Ausbildung zum Betriebswirtschaftler NDS HF, und 2020 schloss ich den Executive Master of Business Administration an der Fachhochschule Graubünden ab.»

«Alle Ausbildungen absolvierte ich berufsbegleitend. Dies auch dank der Förderung durch meinen heutigen Arbeitgeber. Seit 2014 bin ich Mitarbeiter der Micarna SA. Angefangen habe ich dort als «Newcomer Frischfleisch». In dieser Funktion konnte ich sämtliche Bereiche der Unternehmung kennenlernen. 2018 wurde ich Mitglied des Kaders im Projekt Support Direktion, und seit 2022 leite ich das Business Development der Geschäftseinheit Fleisch. Daneben engagiere ich mich als Verwaltungsrat der Schweizerzeit, des elterlichen KMU sowie der Bootshafen Unterterzen AG. Zudem bin ich Stiftungsrat bei der Stiftung Quinten lebt.»

Politiker aus Leidenschaft

Neben der anspruchsvollen Berufstätigkeit ist auch die Politik seit rund 15 Jahren ein bedeutender Teil von Mike Eggers Leben. Er verdient seine Sporen zuerst als Beisitzer in der Jungen SVP des Kantons St. Gallen ab, die er später auch präsidiert. Im Jahr 2012 wählen die Rheintalerinnen und Rheintaler den damals 19-jährigen überraschenderweise in den Kantonsrat. Dort lanciert er von 2012–2019 zahlreiche Vorstösse und gestaltet kantonale Abstimmungsvorlagen mit. Seine grössten Erfolge sind wohl die Einführung von Sozialhilfedetektiven und das kantonale Verhüllungsverbot. 2015 kandidiert er für den Nationalrat, wo er trotz kleinem Budget überraschend den ersten Ersatzplatz erreicht. «Nach dem Rücktritt von Toni Brunner aus dem Nationalrat durfte ich Ende 2018 seinen Sitz übernehmen und somit in riesige Fusstapfen treten. 2019 wurde ich als Nationalrat bestätigt.»

Und bei den Wahlen im vergangenen Oktober erreicht Mike Egger mit über 70'000 Stimmen das beste Resultat aller St. Galler Nationalrätinnen und Nationalräte, was ihn natürlich enorm gefreut hat. Auch Parteiintern ist er sehr engagiert – von 2012–2017 als Präsident der Jungen SVP des Kantons St. Gallen und seit 2019 als Vizepräsident der kantonalen SVP.



... der solide Bützer, der weiss, wovon er spricht.

Interessante Kommissionsarbeit

«Im Nationalrat werden die politischen Geschäfte in den verschiedenen Kommissionen vorberaten, und ich darf seit 2019 in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) mitarbeiten. Diese Kommissionsarbeit ist extrem interessant, gerade im Zusammenhang mit der Energieversorgung, die seit längerem ein hochaktuelles Thema ist und bleiben wird. Die Kommissionsarbeit zeigt mir aber auch, wie viele Politikerinnen und Politiker die Energiefragen durch ihre ideologische Brille anschauen, obwohl die Lösung der grossen Herausforderungen im Vordergrund stehen müsste. Es ist natürlich viel einfacher, daran zu glauben, dass man mit Sonne und Wind den ständig steigenden Energiebedarf der Schweiz decken kann, anstatt sich ernsthaft Gedanken über die langfristige Erneuerung der Kernkraftwerke machen zu müssen.» Neben der Energieversorgung beschäftigen Mike Egger auch zahlreiche andere Themen – hauptsächlich im Bereich der Migration, einschliesslich des Asylwesens sowie Fragen der öffentlichen Sicherheit und der Kriminalität.

Unverjährbarkeit von schweren Straftaten

Im Bereich Kriminalitätsbekämpfung hat er seinen bisher grössten politischen Erfolg erzielen können – dabei geht es um die Unverjährbarkeit von schweren

Straftaten. 1982 wurden im St. Galler Rheintal zwei Mädchen ermordet, deren Fall nie aufgeklärt werden konnte. Seit 2012, d.h. dreissig Jahre nach der Tat, ist der Fall verjährt. Damit wurden auch die offiziellen Ermittlungen eingestellt, was bei der Bevölkerung auf Unverständnis gestossen ist. «Das war mein Beweggrund, um 2018 als Kantonsrat mit einer Standesinitiative des Kantons St. Gallen der Bundesversammlung vorzuschlagen, dass es für Delikte wie Mord keine Verjährungsfrist mehr geben soll. Der Kantonsrat hat die Standesinitiative überwiesen, und mittlerweile haben auch der National- und Ständerat zugestimmt. Nun muss der Bundesrat eine entsprechende Gesetzesvorlage ausarbeiten, die ich noch in diesem Jahr erwarte.»

Milizparlament?

Eine Feststellung, die Mike Egger seit seinem Amtsantritt als Nationalrat macht: Es werde immer schwieriger, ein echter Milizpolitiker zu bleiben. «Als Folge der Globalisierung wird der Druck auf die Wirtschaft, effizienter zu werden, grösser – und damit auch die Erwartungen an die Kader. Gleichzeitig steigt die Arbeitsbelastung des Parlaments. Dies ist zum Teil selbstverschuldet, weil immer mehr Berufspolitikerinnen und -politiker unsinnigen Aktivismus entfalten.»

«Für mich ist es wichtig, neben der Politik einen Beruf auszuüben, welcher mich fordert. Das Milizsystem der Schweiz ist eine fundamentale Säule ihres Erfolgs. Dem müssen wir Rechnung tragen, indem wir dafür sorgen, dass jedes Parlamentsmitglied noch einer Erwerbsarbeit nachgehen muss», meint Mike Egger. Mit der Micarna habe er eine verständnisvolle Arbeitgeberin und auch einen entsprechenden Chef gefunden. Dieser fördere ihn nicht nur beruflich, sondern gebe ihm auch genügend Freiraum für sein politisches Engagement.

*

«Noch ist Polen nicht verloren», könnte man sagen, wenn noch genügend Politiker vom Schlag eines Mike Egger vorhanden sind. Tatsache ist jedoch, dass man von der hohen Parlamentarierentschädigung gut leben kann – und solange das Parlament seine Bezüge selbst festlegen darf, wird sich hier nicht viel ändern.

Hans Fehr

Churz & Bündig

Jahrzehntlang wurden selbst von der Armeespitze Beteuerungen verbreitet, Kriege seien zumindest in Europa unmöglich geworden. So dass die Armee jetzt, wo Krieg sowohl Europa als auch Nahost heimsucht, nicht vorbereitet ist. Weshalb Frau Amherd, VBS-Chefin, flugs die Armee der Nato «annähern» will. Glaubt denn jemand, die Nato würde das, was Frau Amherd an Lücken vorzuweisen hat, völlig gratis und völlig folgenfrei füllen?

us

Büchertisch

BESTSELLER



Die Corona-Verschöpfung

Wie Milliardäre, Politiker und Staatsdiener wissentlich und willentlich Freiheit und Gesundheit ausradieren

Brigitte Röhrig

Auf Grund aller zugänglichen Informationen, aber auch als Resultat der Auswertung nur schwer auffindbarer Fakten dokumentiert Brigitte Röhrig die Vorgänge, als

mit Corona als Grund elementare Bürgerrechte zumindest vorübergehend suspendiert und Kritiker mundtot gemacht wurden. Eine brisante, spannend aufgemachte Dokumentation.

Rubikon, München 2023, 523 S., brosch., (Richtpreis Fr. 32.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60

AKTUELL



Geimpft versus ungeimpft

Jetzt spricht die Wissenschaft

Robert F. Kennedy Jr. / Dr. Brian Hooker

Zweifel nährende Machenschaften zur obrigkeitlichen Impfkampagne gegen Corona beunruhigen – angesichts bekannt gewordener Techtelmechtel zwischen dem Bundesberner Funktionärsapparat und tendenziösen Medien – auch die Schweiz. Eine unbestechliche Persönlichkeit präsentiert brisante Fakten zu seinerzeit undurchsichtigen Vorgängen.

Kopp, Rottenburg 2023 (R.F. Kennedy 2023), 351 S., geb. ill., (Richtpreis Fr. 31.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35



Der Mordfall Näf

Christian J. Huber

Der frühere Staatsanwalt, Geschworenengerichtspräsident und Zürcher Regierungsrat präsentiert Hintergründe zu einem zunächst sehr undurchsichtigen Mordfall und dessen gerichtlicher Aufarbeitung – Vorgänge, die Zürich einst aufgewühlt haben.

Königstuhl, Ulm 2024, 184 S., geb. ill., (Richtpreis Fr. 24.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.60



Digitale Zentralbankwährung

Wenn E-Euro & Co. zum staatlichen Kontroll- und Überwachungsinstrument werden

Michael Brückner / Jessica Horn

Wird eine Währung digitalisiert, sichern sich staatliche Stellen jederzeit Einblick, wie jeder Einzelne mit seinem Vermögen umgeht:

Wo investiert er, wen unterstützt er, wie und wo ist er tätig, wie verwendet er sein privates Vermögen. Das Wissen dazu ermöglicht Währungsinstitutionen auch Durchgriffe – wie in der EU gegenüber Vermögenden in Zypern Tatsache geworden ist.

Kopp, Rottenburg 2023, 304 S., geb., Ill. (Richtpreis Fr. 31.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35



Demozid

Will eine selbst ernannte Elite die Menschheit reduzieren?

Peter Orzechowski

Gerüchte zirkulieren seit einigen Jahren: Es soll ein Programm bestehen, das gezielt auf deutliche Bevölkerungsreduktion ausgeht, weil Überbevölkerung auf die Länge nicht finanzierbar sei. Ein neues Buch leuchtet die Hintergründe von tatsächlich Geschehendem aus und misst daran die zirkulierenden Gerüchte.

Kopp, Rottenburg 2023, 304 S., geb., (Richtpreis Fr. 31.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35

WELTGESCHICHTE



Die Zeit Constantins des Grossen

Jacob Burckhardt

Der Basler Historiker Jacob Burckhardt (1818 bis 1897) ist einer der bedeutendsten überhaupt. In der Biografie über den römischen Kaiser Konstantin den Grossen steht die Anerkennung des Christentums im Vordergrund. Darüber sich zu orientieren ist zum Zeitpunkt, da das Christentum allenthalben in die Defensive geraten ist, besonders interessant.

Severus, Hamburg 2016 (urspr. 1880), 405 S., geb., (Richtpreis Fr. 43.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 39.50

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



Perlen der Landschaft im Berner Oberland

30 Wanderungen

Andreas Staeger

Noch ist es zu früh, mit Staegers Buch Wanderungen zu unternehmen. Aber Planen für den Frühling, für Sommer und Herbst: Dazu lädt dieser hervorragende, attraktiv aufgemachte Führer durchs

Berner Oberland schon heute ein.

Wie die Natur die in ihr lebenden Menschen prägt, wie sich Menschen in der von der Natur geprägten Berglandschaft durchsetzen, das lässt dieser Führer zum Berner Oberland den Wanderer erleben.

Weber, Thun/Gwatt 2023, 192 S., reich ill., (Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 35.10

BUCHZEICHEN



Kollision

China, die USA und der Kampf um die weltpolitische Vorherrschaft im Indopazifik

Matthias Nass

Europa steht im Banne des Ukrainekriegs und der schweren Auseinandersetzungen in Nahost. Auf diese Konflikte fokussiert, wird die ganz grosse Auseinandersetzung, jene zwischen China und den USA im Indopazifik, wohl nur ungenügend zur Kenntnis genommen. Obwohl dort die beiden derzeit grössten Mächte um den Vorrang in der Welt einander gegenüberstehen.

Welche Kräfte sind dort präsent? Welche Strategien, werden von den beiden Supermächten verfolgt? Was hat die Welt zu erwarten – zu befürchten? Diesen brennenden Fragen sucht dieses neue Buch zu begegnen.

C.H. Beck, München 2023, 282 S., geb. ill., (Richtpreis Fr. 36.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 33.20

Bestellschein

Schweizerzeit

BESTSELLER

Die Corona-Verschwörung à Fr. 29.60

AKTUELL

Geimpft versus ungeimpft à Fr. 28.35

Der Mordfall Näf à Fr. 21.60

Digitale Zentralbankwährung à Fr. 28.35

Demozid à Fr. 28.35

WELTGESCHICHTE

Die Zeit Constantin des Grossen à Fr. 39.50

HEIMAT

Perlen der Landschaft im Berner Oberland à Fr. 35.10

BUCHZEICHEN

Kollision à Fr. 33.20

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Tel-Nr.: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(01/12.01.2024)

SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Philipp Gut, Anian Liebrand
und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

26. Januar 2024

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler,
Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Staatswachstum stoppen

Die SVP Schweiz lud zum Jahresbeginn zur traditionellen Kadertagung in Bad Horn. Dabei widmete sich die Partei einem ungemein wichtigen Themenbereich: dem exorbitanten, zerstörerischen Staatswachstum. Die grösste Partei der Schweiz hat die Zeichen der Zeit erkannt – bravo!

Die Fakten sind so klar wie beunruhigend: Die Bundesaussgaben haben sich in den letzten dreissig Jahren verdoppelt. Die Bundesschulden sind wieder auf 120 Milliarden Franken angestiegen. Ohne die von der SVP eisern verteidigte Schuldenbremse hätte die Schweiz heute 400 Milliarden Franken Schulden – das zeigte Christoph A. Schaltegger auf. Der Direktor des Instituts für Wirtschaft und Politik IWP referierte an der Bad Horn-Tagung der SVP. Wo es mitunter sehr schwer ist, bei all der Dauerberieselung die richtigen Erkenntnisse herauszufiltern, lohnt es sich, auf Leute wie ihn zu hören.

Schaltegger weist auch auf die fatale Entwicklung hin, dass heute ein Bundesangestellter gegenüber einem Angestellten in der Privatwirtschaft zwölf Prozent mehr Lohn erhält – bei gleicher Qualifikation und gleicher Arbeit. Ein Bundesbeamter erhält also einen Monatslohn mehr als ein Angestellter in der Privatwirtschaft, der solche Luxuslöhne mit seinen Steuergeldern noch zwangsfinanzieren muss. Seit

Jahren schon wandert rund die Hälfte unseres Einkommens in Form von Steuern, Abgaben und Gebühren zwangsmässig an den Staat ab – und der Staat wächst Jahr für Jahr noch stärker!

Von wegen «ausgepresste Zitronen»: Die öffentliche Hand leidet unter einem massiven Ausgabenproblem, das den Bürgern in der Privatwirtschaft die Luft zum Atmen wegschnürt. Immer noch mehr Staatsaufgaben und -Angestellte haben einen Teufelskreislauf in Gang gesetzt, der sich mittlerweile wohl nur noch «mit der Motorsäge» stoppen lässt. Nebelspalter-Verleger Markus Somm sieht ein Hauptproblem darin, dass insbesondere Absolventen «weicher Fächer» (Sozial- und Geisteswissenschaften) in die staatlichen Verwaltungen drängen. Die Begrenzung solcher Studienplätze und eine deutliche Erhöhung der Studiengebühren könnten hier Gegensteuer geben, so Somm. Ausserdem empfiehlt er eine Volksinitiative, die Höchstlöhne für Beamte (120'000 Franken) und eine Obergrenze der Bundesangestellten (40'000) fordert. Ich würde noch einen Schritt weiter gehen: Die Zahl der Staatsangestellten und die Ausgaben des Bundes sind bis zu einem bestimmten Datum um einen festgelegten Prozentsatz fix zu reduzieren. Weisen wir den Staat in die Schranken!

Anian Liebrand

Schluss
Punkt